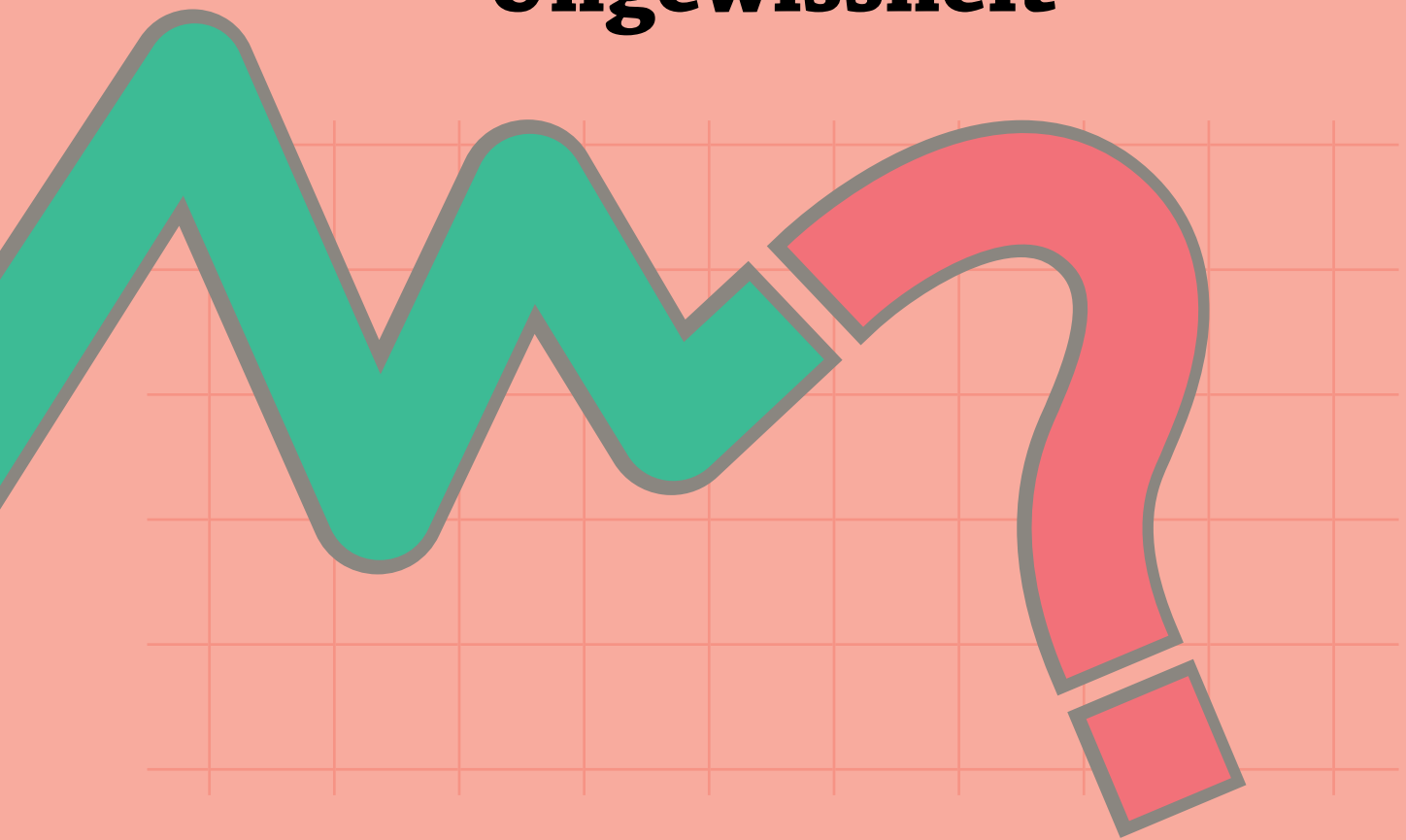


Die große Ungewissheit



IW-Konjunkturumfrage. Der Krieg in der Ukraine wirft alle Vorhersagen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland über den Haufen. Die vom IW im März und April befragten Unternehmen sehen zwar – verglichen mit dem Corona-Jahr 2021 – noch überwiegend einen Aufwärtstrend, aber die Risiken sind zahlreich. In der Bauwirtschaft zum Beispiel ist aufgrund zerstörter Lieferketten und vieler Materialengpässe eine Rezession nicht mehr auszuschließen, erläutert Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der deutschen Bauindustrie, im iwd-Interview.

—→ [Seiten 2-5](#)

Wirtschaftstheorie

Eine Modellrechnung, wonach Deutschland einen Stopp der russischen Gaslieferungen recht gut verkraften könnte, bildet die Realität nur unzureichend ab.

—→ [Seiten 6-7](#)

Landtagswahl

Nordrhein-Westfalen hat zuletzt wirtschaftlich gegenüber den anderen Bundesländern aufgeholt und unter anderem mehr Geld in die Bildung investiert.

—→ [Seiten 8-9](#)

Zuversicht mit Wenn und Aber

IW-Konjunkturumfrage. Der Krieg in der Ukraine bringt sämtliche Konjunkturprognosen ins Wanken, die Verunsicherung ist groß. Die vom Institut der deutschen Wirtschaft im März und April befragten Unternehmen gehen für 2022 dennoch mehrheitlich von einer besseren Geschäftsentwicklung aus als im Vorjahr.

Seit zwei Monaten beeinträchtigen der russische Angriff auf die Ukraine und die daraufhin vom Westen verhängten Sanktionen die globale Konjunktur. Wie stark dies die Unternehmen in Deutschland verunsichert und wie dynamisch die Lage ist, spiegelt sich auch in der aktuellen IW-Konjunkturumfrage wider. Diese wurde in drei zweiwöchigen Zeiträumen durchgeführt, um die sich verändernden Einschätzungen zeitnah abbilden zu können.

In der ersten Märzhälfte gingen bereits deutlich weniger Unternehmen von einem Produktionsanstieg aus als im Spätherbst 2021 (siehe iwd 25/2021). Die in der zweiten Märzhälfte befragten Firmen waren noch pessimistischer – der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen schrumpfte auf 9 Prozentpunkte,

bevor er im Zeitraum 28. März bis 10. April wieder leicht stieg. Die Ergebnisse dieses jüngsten Befragungsabschnitts im Detail:

• **Geschäftslage deutlich besser als im Frühjahr 2021.** Auch wenn sich die Einschätzungen gegenüber dem Herbst leicht eingetrübt haben, stufen die meisten Firmen die aktuelle Situation im Vergleich zum von Corona geprägten Frühjahr 2021 doch als besser ein (Grafik):

Gut vier von zehn Unternehmen berichten von einer günstigeren Produktionslage als vor einem Jahr, lediglich jeder fünfte Betrieb meldet eine Verschlechterung.

Ganz ähnlich sieht die Momentaufnahme mit Blick auf Investitionen und Beschäftigung aus.

• **Erwartungen deutlich gedämpft.** Der Ukraine-Krieg trübt den Blick auf

den weiteren Jahresverlauf zwar erheblich. Da in der IW-Umfrage jedoch stets ein Vergleich mit dem Vorjahr vorgenommen wird und 2021 durch coronabedingte Produktionsstörungen sowie Lockdown-Maßnahmen gekennzeichnet war, fallen die Zahlen noch relativ gut aus:

Immerhin 39 Prozent der Unternehmen rechnen für das Gesamtjahr 2022 mit einem höheren Produktionsvolumen als 2021, 24 Prozent erwarten einen Rückgang.

Da infolge der Pandemie viele Investitionen aufgeschoben wurden, fällt hier der Vorjahresvergleich noch etwas günstiger aus – 43 Prozent der Firmen gehen von einem Investitionsplus aus, 20 Prozent werden ihre Ausgaben für neue Maschinen und andere Anschaffungen voraus-

IW-Konjunkturumfrage: Mehr Optimisten als Skeptiker

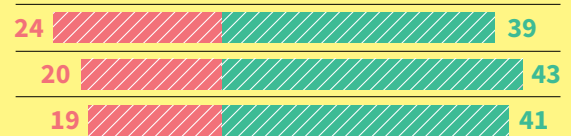
So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...

■ Schlechter
■ Besser

... bewerten die Lage bei diesen Indikatoren im Frühjahr 2022 gegenüber dem Frühjahr 2021 wie folgt



... erwarten für das Gesamtjahr 2022 gegenüber 2021 diese Entwicklung



Rest zu 100: gleichbleibend
Befragung von 506 Unternehmen im Zeitraum 29. März bis 10. April 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

sichtlich reduzieren. Ohne die geopolitischen Belastungen durch den Krieg wäre das Investitionsklima allerdings deutlich freundlicher.

Die Beschäftigungsperspektiven haben sich dagegen bislang noch nicht stark eingetrübt, vor allem im langjährigen Vergleich sind die aktuellen Befragungsergebnisse – der Saldo zwischen positiven und negativen Beschäftigungserwartungen beträgt 22 Prozentpunkte – überdurchschnittlich gut.

• **Aussichten je nach Wirtschaftszweig sehr unterschiedlich.** Die im Herbst 2021 noch recht optimistische deutsche Industrie steht nun am Rande einer Rezession (Grafik):

Der Anteil von 37 Prozent der Industrieunternehmen, die für 2022 mit einem Produktionsanstieg rechnen, liegt nur noch 9 Prozentpunkte über dem Anteil der Pessimisten.

Dies überrascht insofern nicht, als vor allem die exportorientierten Industriefirmen von der kriegsbedingt schwächeren Dynamik der Weltwirtschaft betroffen sind. Zudem verschärfen ausbleibende Lieferungen von Rohstoffen oder Vorprodukten die ohnehin bestehenden Fertigungsprobleme.

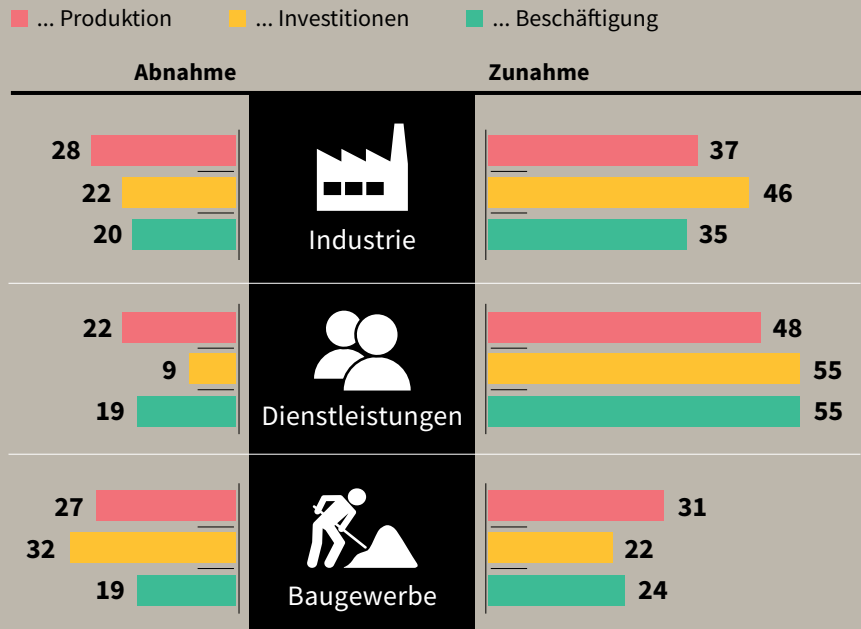
Auch die Dienstleister blicken mit weniger Zuversicht nach vorn als im Herbst 2021. Unterm Strich aber rechnet der Wirtschaftsbereich, der in den vergangenen beiden Jahren erheblich unter den Corona-Einschränkungen zu leiden hatte, noch überwiegend mit einem Aufwärtstrend. Das zeigt sich auch in den Investitionsplänen:

55 Prozent der Unternehmen im Servicesektor wollen 2022 mehr investieren als im Vorjahr, lediglich 9 Prozent wollen den entsprechenden Etat kürzen.

Ganz anders sieht es in der Bauwirtschaft aus, die bis zuletzt auf Wachstumskurs war und vergleichs-

IW-Konjunkturumfrage: Starkes Branchengefälle

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Gesamtjahr 2022 gegenüber 2021 diese Entwicklung der ...



Rest zu 100: gleichbleibend
 Befragung von 506 Unternehmen im Zeitraum 28. März bis 10. April 2022
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd



weise unbeschadet durch die Corona-Pandemie gekommen ist (siehe Interview Seiten 4–5). Doch der Ukraine-Krieg verschärft die bereits zuvor erkennbaren Materialengpässe und treibt die Baukosten steil in die Höhe. Demzufolge halten sich die positiven und negativen Firmenerwartungen inzwischen fast die Waage, eine Rezession im Bausektor ist nicht auszuschließen.

• **Große Abweichungen zwischen den Regionen.** Dort, wo Industriezweige wie die Automobilbranche und ihre Zulieferer dominieren, bestimmt die Erholung nach den coronabedingten Einbrüchen noch immer das Umfragebild. So geht vor allem in Nordrhein-Westfalen und Bayern, aber auch in Baden-Württemberg die Mehrzahl der Unternehmen für 2022 von einem Produktionsplus aus. In den nordöstlichen Bundesländern – Berlin, Branden-

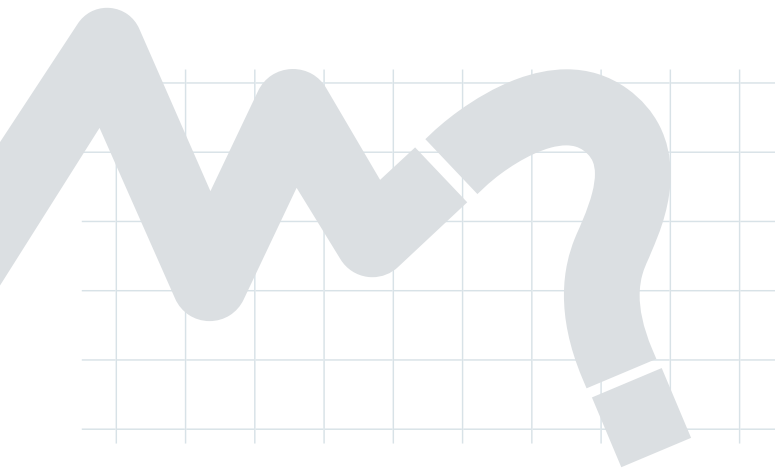
burg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – sind dagegen 43 Prozent der Firmen skeptisch und nur 27 Prozent zuversichtlich. Der naheliegende Grund: In diesen Regionen sind die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland und dem Ostseeraum besonders eng, etwa durch die Häfen oder die Transportinfrastruktur – Stichwort Gaspipelines.

Angesichts der dynamischen geopolitischen Lage kann die IW-Umfrage nur eine Momentaufnahme liefern. Gravierende Veränderungen, etwa vollständig ausbleibende russische Gaslieferungen, würden eine Neubewertung seitens der Unternehmen erfordern.

IW-Report 17/2022

Michael Grömling: Stark bedingte Zuversicht für 2022 – IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2022

iwkoeln.de/konjunkturumfrage_f22



Interview. Zerstörte Lieferketten, knappes Material, zu wenige Fachkräfte und teure Energie machen den Baufirmen zu schaffen. Wie die Branche mit diesen Herausforderungen umgeht und welche Hilfe er von der Politik erwartet, erklärt **Tim-Oliver Müller**, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie.



Foto: HDB/Bollhorst

„Wir sind nun ein konjunkturelles Fragezeichen“

Die Bauindustrie boomte lange Zeit, selbst Corona konnte Ihrer Branche nichts anhaben. Nun zeigt die aktuelle IW-Konjunkturumfrage, dass die Bauwirtschaft die pessimistischste aller Branchen ist. Was ist passiert?

Ja, das ist fast schon eine absurde Situation: Vor ein paar Wochen hätte ich Ihnen für die Bauindustrie einen historisch einmaligen hohen Auftragsbestand verkünden können und nun laufen wir in der Tat in eine konjunkturell schwierige Lage hinein. Während wir in der Corona-Pandemie eine Stütze der deut-

schen Konjunktur waren, sind wir jetzt konfrontiert mit abrupt zerstörten Lieferketten, mit enormen Preissteigerungen, mit drohenden Materialknappheiten – was wir bisher so in Deutschland nicht kannten – und teilweise auch mit Kurzarbeit. Wir haben uns also von einer Konjunkturstütze zu einem konjunkturellen Fragezeichen gewandelt, weil wir einfach nicht abschätzen können, was in den nächsten ein, zwei Monaten in der Bauindustrie passiert.

Im vergangenen Herbst rechneten die Wirtschaftsforschungsinsti-

tute mit einem Wachstum der Bauinvestitionen in Deutschland von 2,6 Prozent für dieses Jahr. Von welcher Größenordnung gehen Sie mittlerweile aus?

Genau können wir das erst zum Tag der Bauindustrie Mitte Mai sagen, aber es wird deutlich weniger sein.

Was belastet die Geschäfte Ihrer Branche besonders?

Bei den Materialien sind das vor allem die Stahlpreise sowie Materialien, die rohölbasiert sind. 40 Prozent des Stahls, den wir in Deutschland verbauen, kommen aus Russland,

Belarus oder der Ukraine. Das Stahlwerk in Mariupol, über das man jetzt so viel liest und hört, weil sich dort die Bewohner vor den russischen Truppen verschanzt haben, ist eines der größten Stahlwerke in Europa, das aber nun nichts mehr produziert. Wir haben also beim Stahl eine echte Angebotsverknappung.

Bei Bitumen, einem wichtigen Bindemittel zur Herstellung von Asphalt, laufen wir ebenfalls in einen Engpass hinein. Bisher war Bitumen nur von Preissteigerungen betroffen, aber aufgrund des bevorstehenden Ölembargos kann künftig die Ö Raffinerie in Schwedt nicht weiterbetrieben werden. Doch an Schwedt hängt ein erheblicher Teil der Bitumenproduktion in Deutschland. Wenn das ausfällt, haben wir keine Materialien, um Straßen und Brücken zu bauen, Dachbahnen zu legen oder im Hochbau zu isolieren. Und es ist nicht leicht, für Bitumen Alternativen zu finden, weil für die Produktion schweres Rohöl benötigt wird. Das könnte man aus Venezuela oder dem Iran beschaffen, aber für beide Länder gelten Embargos. Wir drohen also bei Bitumen in eine Verknappung hineinzulaufen, ohne dass wir eine alternative Bezugsquelle haben.

Und was richtig wehtut, ist der Dieselpreis. Wir sind eine mobile Branche: Ein mittelständischer Betrieb mit 200 bis 300 Mitarbeitern hat ebenso viele Fahrzeuge, um die Menschen und die Materialien zur Baustelle zu bringen. Auch die Baugeräte werden mit Diesel betrieben. Eine Steigerung des Dieselpreises um 50 Prozent kann kein Unternehmer kompensieren.

Der Bau ist der ressourcenintensivste Wirtschaftszweig in Deutschland. Warum recycelt die Bauindustrie nicht mehr?

Wir recyceln unglaublich viel. Im Straßenbau beispielsweise liegen die

Recyclinganteile bei etwa 90 Prozent. Wir haben aber ein anderes Problem: Es liegt oftmals an den Regularien, dass wir nicht mehr Recyclingbaustoffe einsetzen können. Es gibt viele Bundesländer, die in ihre Vergabebedingungen reinschreiben, dass sie einen Primärbaustoff – also einen neu erzeugten Baustoff – fordern. Recyclingbaustoffe sind also oft schlichtweg nicht zugelassen.

Ein gutes Beispiel für einen alternativen Baustoff ist Carbonbeton, der nur für einzelne Bauteilgruppen verwendet werden darf, obwohl er sicherheitstechnisch viel breiter eingesetzt werden könnte. Wir wünschen uns, dass Recyclingbaustoffe mindestens gleichwertig behandelt werden wie neue Baustoffe, weil wir uns auch auf diesem Weg unabhängiger machen würden von der Primärbaustoffproduktion und damit von Importen aus Drittländern.

Schon jetzt liegen viele Bauvorhaben aufgrund der gestiegenen Energie- und Materialkosten auf Eis. Was passiert, wenn nun auch noch die Hypothekenzinsen steigen?

Die Baufinanzierung wird dadurch teurer – und damit der Verkaufspreis oder die Miete für ein fertiggestelltes Objekt. Die Miete, die man derzeit am frei finanzierten Wohnungsmarkt aufgrund der Investitions- und Finanzierungskosten erzielen muss, damit sich ein Projekt rentiert, liegt bei 13,50 Euro kalt pro Quadratmeter. Das ist natürlich nicht das Preisniveau, das sich die Bundesregierung für die jährlich 100.000 neuen Wohnungen im sozialen Wohnungsbau wünscht. Und wenn nun auch noch die Hypothekenzinsen steigen, kommt das on top.

Auch der Bauindustrie fehlen viele Fachkräfte. Erledigt sich das Problem nun von selbst aufgrund

der möglichen Rezession in der Bauwirtschaft?

Nein, denn wir haben in Deutschland einen enormen Modernisierungsbedarf. Sobald sich die Material- und Preissituation wieder normalisiert, muss das angegangen werden. Außerdem war die Bauindustrie zuletzt sehr stark in der Fachkräftegewinnung: Wir haben in den vergangenen 15 Jahren rund 200.000 neue Beschäftigte eingestellt, das ist eine gigantische Zahl. Und wir haben unsere Ausbildungszahlen gesteigert, gegen den Trend.

Was wir allerdings haben, ist ein demografisches Problem: Die Belegschaft in der Bauindustrie ist im Schnitt über 50 Jahre alt. Und wer am Bau arbeitet, wird das in der Regel nicht bis zum Renteneintrittsalter tun. Bis 2030 werden wir deshalb rund 100.000 Arbeitskräfte verlieren. Weil wir so viele neue Arbeitskräfte schwerlich finden werden, müssen wir die Produktivität am Bau anders steigern: mithilfe der Digitalisierung, der Industrialisierung und der Automatisierung.

Erwarten Sie Hilfen von der Politik für Ihre Branche?

Die Politik kann in zweierlei Hinsicht helfen. Sie kann ihre Investitionsbudgets aufrechterhalten, um unserer Branche Planungssicherheit zu geben. Die zweite Hilfe, die mindestens ebenso wichtig ist, betrifft die sogenannten Stoffpreisgleitklauseln. Im Hoch- und im Tiefbau werden bei öffentlichen Aufträgen Preissteigerungen für Materialien von der Bundesregierung übernommen, wenn die Aufschläge mehr als 10 Prozent des Auftragsvolumens betragen. Dieses Mindestmaß ist für die Unternehmer extrem hart. Wir plädieren deshalb dafür, dass der Bund für das, was er bei uns bestellt, bezahlt – egal, ob die Materialpreise um 9 oder 19 Prozent steigen.

Ein Gas-Embargo ist kein Modellprojekt

Wirtschaftstheorie. Eine Analyse mehrerer Ökonomen hat in jüngster Zeit mediale Wellen geschlagen. Der Studie zufolge könnte die deutsche Wirtschaft einen sofortigen Stopp der russischen Erdgaslieferungen relativ gut verkraften. Doch das Modell, das der Studie zugrunde liegt, bildet die aktuelle wirtschaftliche Realität nur unzureichend ab.

Seit Wladimir Putin den Krieg in der Ukraine begonnen hat, versuchen die westlichen Länder, Russland mit Sanktionen wirtschaftlich zu schwächen. Viel diskutiert wird dabei ein Embargo gegen russisches Erdgas. Inzwischen mehren sich die Befürchtungen, dass Russland seinerseits nach Polen und Bulgarien auch Deutschland und anderen europäischen Staaten den Gashahn zudrehen könnte. Da stellt sich die Frage, wie hart ein Ende der russischen Gaslieferungen die deutsche Wirtschaft träfe.

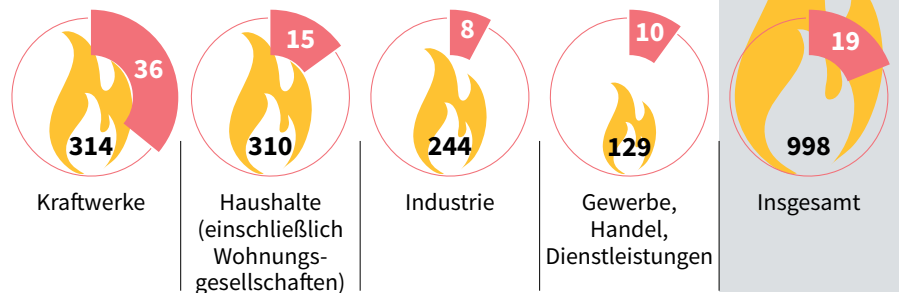
Die Antworten aus der Wissenschaft fallen zwar durchaus unterschiedlich aus, eine Gruppe von Ökonomen hat mit ihrem Befund aber besonders viel Aufmerksamkeit erregt: Die Einbußen in Sachen Wirtschaftswachstum würden maximal 2,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, damit wäre ein russischer Lieferstopp beziehungsweise ein deutsches Embargo verkraftbar.

Zu diesem Schluss kommen die Forscher aufgrund von Berechnungen mithilfe eines makroökonomischen Modells. Solche Modelle sind in der Wirtschaftswissenschaft etabliert und grundsätzlich hilfreich, um zum Beispiel die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Wirtschaft zu untersuchen. Allerdings gilt es zu beachten, dass Modellrech-

Deutsche Wirtschaft: Gas ist nur sehr eingeschränkt ersetzbar

Angaben für 2020/2021

- Erdgasverbrauch in Milliarden Kilowattstunden
- So viel Prozent davon lassen sich kurzfristig ersetzen oder einsparen



Kraftwerke: einschließlich industrieller Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen;
Haushalte und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen: Daten für 2021; Industrie und Kraftwerke: Daten für 2020;
Ersatz- und Einsparpotenzial: auf Basis dessen, was technisch möglich ist, ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Machbarkeit

Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

nungen stets mit einer Vielzahl von Annahmen arbeiten und die Realität eben nur bedingt abbilden können.

Gerade im vorliegenden Fall sind die Berechnungen mit Vorsicht zu betrachten – aus folgenden Gründen:

Erdgas ist kurzfristig nur bedingt ersetzbar. Das in der genannten Analyse verwendete Modell unterstellt unter anderem, dass der Stopp der Gaslieferungen Preisreaktionen auslöst, auf die die Wirtschaft rational reagiert, indem sie auf andere Energierohstoffe ausweicht. Tatsächlich aber ist dies zumindest auf kurze Sicht in den meisten

Sektoren schon technisch kaum möglich (Grafik):

Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ließe sich in Deutschland gesamtwirtschaftlich kurzfristig nur knapp ein Fünftel des Gasverbrauchs ersetzen oder einsparen.

Die deutschen Kraftwerke könnten das zur Stromerzeugung verwendete Erdgas nur zu rund einem Drittel durch andere Energieressourcen ersetzen, weil viele Kraftwerke effizient gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen – wobei die Berechnungen finanzielle Konsequenzen

ausdrücklich außer Acht gelassen haben. In den deutschen Haushalten sieht der BDEW kurzfristige Einsparpotenziale von nur 15 Prozent.

Noch deutlich weniger verzichtbar ist Erdgas vorerst in den deutschen Industriefirmen (Grafik):

Im Schnitt könnte die Industrie bis Ende 2022 rund 8 Prozent des zur Energiegewinnung genutzten Erdgases substituieren.

Allerdings dürfte dieses Spar- und Ersatzpotenzial aufgrund der seit Mitte 2021 gestiegenen Energiepreise bereits weitgehend ausgeschöpft sein. Wo dies der Fall ist, führt ein Gasembargo beziehungsweise Lieferstopp zwangsläufig zu einem Produktionsstillstand.

Ein solcher Shutdown wäre vor allem in der Grundstoffindustrie zu erwarten, die Erdgas nicht nur zur Erzeugung von Prozesswärme, sondern auch als Rohstoff nutzt – beispielsweise bei der Herstellung organischer Chemikalien oder in der Düngemittelproduktion.

Beschäftigungseffekte werden nicht angemessen berücksichtigt.

Das angesprochene makroökonomische Modell vernachlässigt die konjunkturellen Folgeeffekte eines Gasembargos beziehungsweise unterstellt, dass der Staat ihnen zum Beispiel durch finanzielle Transfers entgegenwirken kann.

Wenn jedoch Teile der Industrie ihre Produktion nicht nur kurzfristig, sondern über einen längeren Zeitraum stilllegen müssen, ist fraglich, ob der Staat dies noch über Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld aufzufangen vermag. Stellen die Unternehmen ihre Produktion endgültig ein, ist eine höhere Arbeitslosigkeit kaum zu vermeiden:

Je nachdem, welche Branchen ein Produktionsstopp in welchem Ausmaß trifft, ist mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl um zwei bis vier Millionen zu rechnen.

Die Folgen, etwa für die Kaufkraft und damit den Konsum als Konjunkturtreiber, wären verheerend.

Komplexe industrielle Produktionsstrukturen sind kaum zu modellieren. Viele Industriebranchen wie die Grundstoffindustrie sind entlang hoch differenzierter globaler Wertschöpfungsketten organisiert. Wenn hier Rohstoffe wie Erdgas oder die daraus hergestellten Vorprodukte plötzlich wegbrechen, lässt sich das – anders als im ökonomischen Modell unterstellt – kaum kompensieren.

Ein Stillstand der Produktion aufgrund gestörter Lieferketten lässt sich zudem nur mit hohem Kosten- und Zeitaufwand wieder aufheben. Käme es zu einem endgültigen Aus der Grundstoffproduktion, würde die Abhängigkeit Deutschlands von Lieferanten wie China steigen – was aus politischer Sicht wiederum kritisch zu bewerten wäre.

Die deutsche Wirtschaft ist bereits stark belastet. Anders als im makroökonomischen Modell in der

Regel angenommen wird, würde ein Ende der russischen Gaslieferungen keineswegs auf eine deutsche Volkswirtschaft im Gleichgewicht treffen. Tatsächlich sehen sich die Unternehmen schon seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie mit vielfältigen Produktions- und Logistikproblemen konfrontiert, was die Preise für Industrieerzeugnisse bereits vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs im Schnitt um 25 Prozent in die Höhe getrieben hat.

Beim Lieferstopp für Gas würde es nicht bleiben. Die Modellberechnungen beschränken sich auf den Energiesektor. Doch es ist kaum anzunehmen, dass nicht auch Beschränkungen beim Import von anderen wichtigen Rohstoffen wie Palladium, Nickel oder Chrom folgen würden. Dies würde weitere Produktionsketten gefährden. Alternative Lieferanten wären zwar grundsätzlich vorhanden (siehe iwd 8/2022), doch müssten entsprechende Verträge erst ausgehandelt und neue Lieferketten etabliert werden.

Industrie: Die Gasverbraucher

Industriebranchen in Deutschland mit dem höchsten Gasverbrauch

	■ Endenergieverbrauch aus Erdgas in Terajoule im Jahr 2020	■ So viel Prozent davon ließen sich durch andere Energieträger bis Herbst/Winter 2022 ersetzen	Zahl der Beschäftigten im Jahr 2021 in 1.000
Grundstoffindustrie/Chemie	201.593	4,0	176,6
Ernährung/Tabak	118.115	13,2	533,2
Papiergewerbe	73.543	2,6	119,1
Metallerzeugung	63.839	12,5	224,5
Glas und Keramik	59.651	7,6	80,9
Verarbeitung Steine und Erden	43.857	8,7	10,7
Metallbearbeitung	41.543	10,7	511,0
Fahrzeugbau	35.164	8,9	922,4
Maschinenbau	22.368	12,4	935,9
Industrie insgesamt	793.420	7,9	5.480,0

Endenergieverbrauch: ohne nicht energetischen Verbrauch. Berücksichtigt wird also nur Gas, das zur Erzeugung von Prozesswärme benötigt wird, nicht aber solches, das zum Beispiel als Rohstoff in chemische Erzeugnisse einfließt; 1 Terajoule entspricht rund 277.778 Kilowattstunden

Quellen: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

NRW holt auf

Landtagswahl. Am 15. Mai wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. Das bevölkerungsreichste Bundesland hat in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen erkennbar aufgeholt. So haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und der Arbeitsmarkt hat sich trotz Corona-Krise als stabil erwiesen. Doch auch wenn die Richtung stimmt, bleibt in NRW noch viel zu tun.

Es treten an: 29 Parteien. Wählen dürfen: rund 13 Millionen Menschen. Wann und wo? Am 15. Mai in Nordrhein-Westfalen. Und worum geht es? Um einen recht üppigen Strauß an Wahlkampfthemen. Die CDU, deren amtierender Ministerpräsident Hendrik Wüst sich zur Wiederwahl stellt, will vor allem mit dem Thema innere Sicherheit und einer innovations- und investitionsfreundlichen Wirtschaftspolitik punkten. Die mitregierende FDP setzt sich für den Ausbau eines schnelleren Internets und eine bessere Gründerkultur ein, während die Grünen für ihr Kernthema, den Klimaschutz, kämpfen. Und die SPD, die sich den Prognosen zufolge ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU liefern wird, wirbt für bezahlbare Mieten und moderne Schulen.

Durch Corona und die bundesweit mehr oder minder gelungene Umstellung auf Online-Unterricht brennt das Thema Schule vielen Eltern auf den Nägeln. Bildungspolitik ist Ländersache – wie gut oder schlecht die Schulen aufgestellt sind, können die Landesregierungen maßgeblich selbst beeinflussen.

Doch wie steht es um die Schulen in NRW? Eine ganze Reihe von Indikatoren hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert: Während der zu Ende gehenden Legislaturperiode ist der Bildungsetat derjenige,

der in NRW am meisten gestiegen ist. Mit diesem Geld sind unter anderem rund 10.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden. So konnte der große Rückstand gegen-

über dem Bundesdurchschnitt bei der Schüler-Lehrer-Relation aufgeholt werden, an den Grundschulen gelang es bis 2020 sogar fast, die Lücke zu schließen (Grafik):

Bildung in NRW: Weniger Schulabbrecher, mehr Akademiker

	Nordrhein-Westfalen	Deutschland
Zahl der Kita-Kinder je Betreuer im Jahr 2021	5,2	5,6
So viel Prozent des Kita-Personals waren im Jahr 2020 Akademiker	6,3	7,3
Bildungsausgaben je Grundschüler im Jahr 2020 in Euro	6.300	7.400
Zahl der Schüler je Grundschullehrer im Jahr 2020	15,8	15,6
So viel Prozent der Grundschulkinder besuchten im Jahr 2020 eine Ganztagschule	48,2	46,3
So viel Prozent aller Schulabgänger im Jahr 2020 hatten keinen Abschluss	5,4	6,0
So viel Prozent der ausländischen Schulabgänger im Jahr 2020 hatten keinen Abschluss	13,3	14,6
So viel Prozent der Studenten im Wintersemester 2020/21 waren Bildungsausländer	9,9	11,4
Hochschulabsolventen in Prozent der akademischen Wohnbevölkerung bis 65 Jahre im Jahr 2020	4,8	4,3
Ingenieurabsolventen in Prozent der beschäftigten Ingenieure im Jahr 2020	6,1	5,4

Bildungsausländer: ausländische Studenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben

Quellen: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Zuletzt kamen auf einen Grundschullehrer in Nordrhein-Westfalen rein rechnerisch 15,8 Schüler, im Bundesdurchschnitt waren es mit 15,6 Schülern nur geringfügig weniger.


Auch die Bildungsausgaben je Grundschüler sind seit 2010 in NRW fast parallel zum bundesweiten Durchschnitt gestiegen, wenn auch auf niedrigerem Niveau.

Und in puncto Schulabbrecher schneidet das einwohnerstärkste Bundesland sogar etwas besser ab als der Rest der Republik. Im Jahr 2020 hatten 5,4 Prozent der Schulabgänger in Nordrhein-Westfalen keinen Abschluss, bundesweit betrug die Quote 6,0 Prozent.

Gleichwohl gibt es noch Handlungsbedarf in den Klassenzimmern, wie eine IW-Studie zur bevorstehenden NRW-Landtagswahl aufzeigt. Demnach braucht es vier Bildungsimpulse: Erstens gilt es, die Digitalisierung voranzubringen, indem auch IT-Fachkräfte an Schulen eingestellt werden, die die Lehrkräfte unterstützen und den technischen Support gewährleisten. Zweitens sollte das Schulfach Informatik ausgebaut werden, um die MINT-Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Drittens müsste ein gezieltes, auf Basis von Vergleichsarbeiten entwickeltes Corona-Nachholprogramm aufgelegt werden, das Schüler mit Lernverlusten fördert. Und viertens sollte der Ausbau der Ganztagsinfrastruktur vorangetrieben werden, denn im Jahr 2020 besuchte nur knapp die Hälfte der Grundschulkindern in NRW eine Schule mit Nachmittagsangebot.

Die IW-Studie zur Landtagswahl in NRW evaluiert jedoch nicht nur den Bildungssektor, sondern die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt. Unterm Strich steht Nordrhein-Westfalen demnach erkennbar besser da als vor fünf Jahren, in einigen

Nordrhein-Westfalen in Zahlen



	Nordrhein-Westfalen	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2021 in Euro	40.951	42.953
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2021 gegenüber 2010 in Prozent	8,9	14,5
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2021 gegenüber 2010 in Prozent (Juni)	20,7	20,9
Arbeitslosenquote 2021 in Prozent	7,3	5,7
Breitbandversorgung der privaten Haushalte 2021 mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde in Prozent	96,5	95,1

Quellen: atene KOM, Bundesagentur für Arbeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2022 IW Medien / iwd



Bereichen hat das Bundesland sogar beachtliche Fortschritte gemacht: Es ist innovations-, investitions- und gründerfreundlicher geworden, viele bürokratische Hemmnisse wurden mithilfe von insgesamt acht sogenannten Entfesselungspaketen abgebaut, der Arbeitsmarkt hat sich trotz Corona-Krise als relativ stabil erwiesen und bei der öffentlichen Ladesäuleninfrastruktur hat das Land viel Boden gutgemacht.

Erhebliche Investitionen sind auch in die übrige Verkehrsinfrastruktur geflossen. Die Ausgaben für die Sanierung, Modernisierung und den Ausbau von Straßen und Brücken sind in den vergangenen fünf Jahren deutlich gestiegen, ein Zehn-Punkte-Programm des Verkehrsministeriums soll zudem für ein zügigeres Tempo bei der Planung, Genehmigung und dem Bau von Verkehrsinfrastrukturprojekten sorgen.

Und auch in puncto Digitalisierung gibt es Fortschritte, beim schnellen Internet etwa (Grafik):

Mitte 2021 verfügten nahezu 97 Prozent der NRW-Haushalte

über eine Breitbandversorgung von mindestens 50 Megabit pro Sekunde, noch besser war die Versorgung nur in Hessen, Hamburg, Bremen, Berlin und im Saarland.

Laut IW-Studie bleibt aber das Hausaufgabenheft auch für die künftige Landesregierung gut gefüllt: So ist die Frage der kommunalen Altschulden nicht gelöst. Die Investitionsquote in NRW ist im vergangenen Jahrzehnt gesunken und im Bundesländervergleich unterdurchschnittlich. Groß sind auch die Herausforderungen hinsichtlich der Klimaziele. Zwar gab es Fortschritte bei der Senkung der Emissionen, doch um bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen, muss in NRW nicht nur die Energiewirtschaft, sondern auch die traditionell starke industrielle Produktion transformiert werden.

IW-Gutachten

Christian Oberst et al.: Wirtschaftspolitische Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen zur Landtagswahl NRW 2022 iwkoeln.de/landtagswahl_nrw

Der Druck unter Druck

Buchmarkt. Auch wegen des Booms von Streaming-Diensten musste der deutsche Buchmarkt Anfang der 2010er Jahre deutliche Umsatzeinbußen hinnehmen. Der Abwärtstrend scheint aber gestoppt – nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie, in der wieder mehr Bundesbürger zum Buch gegriffen haben. Die Sorgen der Branche sind trotzdem groß, denn so schwierig wie in diesem Jahr war das Bücherdrucken noch nie.

Dank Streaming, Social Media und Video-on-Demand sind die Möglichkeiten zum Zeitvertreib so vielfältig wie nie. Dienste wie Netflix und Disney+ locken mit einer riesigen Fülle an Filmen und Serien, in den Mediatheken der Fernsehsender kann jederzeit das lineare Programm nachgeholt werden. Der vermeintliche Verlierer in diesem Ringen um die Freizeit der Menschen: das klassische gedruckte Buch.

So geben immer weniger Bundesbürger Geld für einen Roman, eine Biografie oder Ähnliches aus: Während im Jahr 2012 gut 36,9 Millionen Menschen in Deutschland mindestens ein Buch kauften, waren es 2020 nur noch rund 28,4 Millionen. Auch die Produktion von Büchern ist seit Jahren rückläufig (Grafik):

Im Jahr 2020 erschienen in Deutschland gut 69.000 neue Bücher – zehn Jahre zuvor lag die

Zahl der Neuerscheinungen aber noch bei rund 84.000.

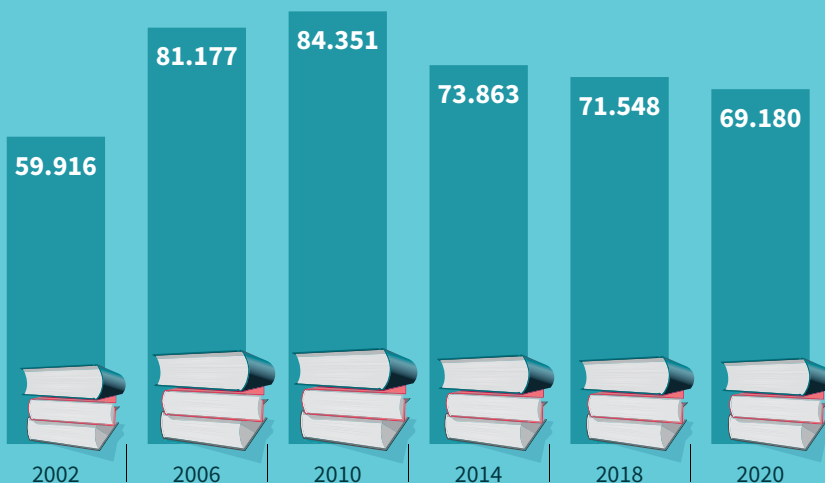
Ein allzu düsteres Bild vom Buchmarkt muss dennoch nicht gemalt werden. So liegen die aktuellen Zahlen der jährlichen Neuerscheinungen immer noch um rund 10.000 über dem Niveau der frühen 2000er Jahre. Und auch der Umsatzrückgang im deutschen Buchmarkt – von 2010 bis 2015 fiel der Gesamtumsatz um fast 550 Millionen Euro – ist offenbar erst einmal gestoppt, in den vergangenen fünf Jahren blieb das Marktniveau recht konstant.

In der Corona-Pandemie zeichnet sich zudem der Trend ab, dass die Bundesbürger wieder mehr lesen: Laut einer repräsentativen Befragung des Marktforschungsinstituts GfK greift jeder Vierte seit dem Ausbruch des Virus häufiger zum Buch. Besonders groß ist der Zuwachs in jungen Altersgruppen, ein Drittel der 10- bis 29-Jährigen liest mehr als vor der Pandemie.

Insgesamt setzte der deutsche Buchhandel im Jahr 2020 schätzungsweise rund 9,3 Milliarden Euro um – eine leichte Steigerung um 12 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Gefragt war zuletzt vor allem Unterhaltungsliteratur, also Romane, Krimis und Co (Grafik Seite 11):

Frisch aus dem Druck

Zahl der jährlichen Neuerscheinungen auf dem deutschen Buchmarkt



Quellen: Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Deutsche Nationalbibliografie, Verzeichnis Lieferbarer Bücher
© 2022 IWD Medien / iwd

iwd

Mit gut 2,9 Milliarden Euro Umsatz erzielte die Belletristik im Jahr 2020 fast ein Drittel des Gesamtumsatzes des deutschen Buchmarktes.

Auf Kinder- und Jugendbücher entfiel annähernd ein Fünftel, Ratgeber waren für gut 14 Prozent verantwortlich. Sachbücher sowie der Bereich Schule und Lernen trugen jeweils rund ein Zehntel zum Gesamtumsatz bei.

Den größten Zuwachs im Zuge der Corona-Pandemie erzielte die Kinder- und Jugendliteratur, der Umsatz in dieser Sparte stieg im ersten Pandemiejahr um 114 Millionen Euro. Größter Verlierer waren – aus naheliegenden Gründen – die Reisebücher, deren Umsatz um 148 Millionen Euro einbrach.

Ein weiterer Corona-Effekt: Der Umsatz mit digitalen Buchformaten stieg um fast ein Fünftel, die Downloads von E-Books und Hörbüchern brachten der Branche im Jahr 2020

rund 393 Millionen Euro ein. Im Gesamtmarkt spielen sie damit trotzdem nur eine kleine Rolle, die Bundesbürger lesen nach wie vor lieber auf Papier.

Genau das ist aktuell die Krux vieler Verlage, denn so herausfordernd wie in diesem Jahr war das Bücherdrucken noch nie: Steigende Energie- und Transportkosten, der Holz-mangel und unsichere Lieferketten infolge der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs haben Papier knapp und teuer werden lassen, die Preise sind in die Höhe geschossen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Produktion von sogenanntem grafischen Papier, das zum Bedrucken, Beschreiben und Kopieren verwendet wird, ohnehin seit Jahren rückläufig ist: Im Jahr 2020 lag die Herstellungsmenge dieser Papiere in Deutschland fast ein Drittel unter dem Volumen von 2010.

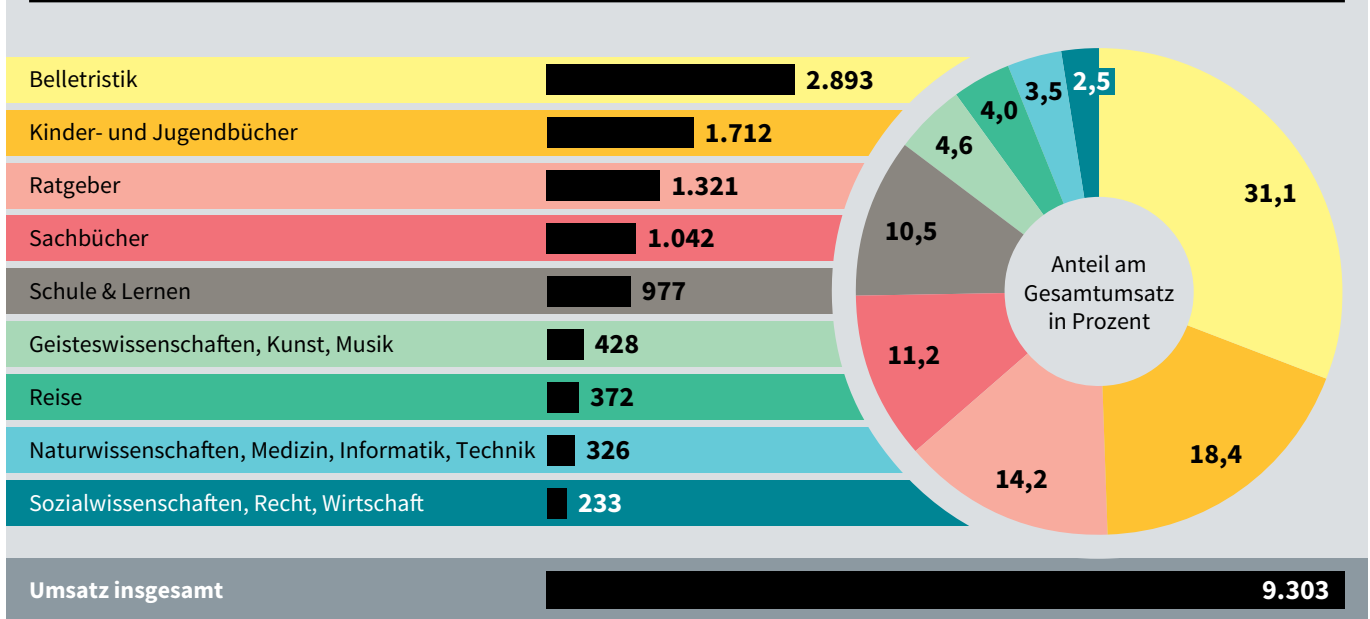
Das führt zu großen Sorgen in der Branche. In einer Befragung durch

den Bundesverband Druck und Medien im Februar 2022 gaben 80 Prozent der Druck- und Medienunternehmen in Deutschland an, die Situation auf den Papiermärkten würde ihre Geschäfte erheblich beeinträchtigen, jeder fünfte Betrieb bewertete die Lage sogar als existenzgefährdend.

So hat sich zum Beispiel die Vorlaufzeit eines Buches – also die Zeit für den Druckauftrag inklusive Papierbestellung – um das Vier- bis Sechsfache verlängert. Damit wächst die Gefahr, zu geringe oder zu hohe Auflagen zu drucken: Wenn sich ein Titel nach Erscheinen besser verkauft als erwartet, drohen Lieferlücken, da spontane Nachdrucke aktuell kaum noch möglich sind. Die Verlage müssen also gleich eine höhere Auflage einplanen – das erschwert die Kalkulation von Kosten und Einnahmen und birgt wiederum das Risiko, am Ende auf den Exemplaren sitzen zu bleiben.

Buchmarkt: Unterhaltungsliteratur sichert Umsatz

So viele Millionen Euro Umsatz erzielten diese Warengruppen des deutschen Buchmarktes schätzungsweise im Jahr 2020



Quellen: Börsenverein des Deutschen Buchhandels, media control, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

Geliebte Mitbewohner

Heimtiermarkt. Mit Bello, Loki und Simba werden in Deutschland jedes Jahr viele Milliarden Euro verdient. Und die Umsätze rund ums Heimtier steigen seit Jahren – allein 2021 konnte die Branche ein Plus von fast 10 Prozent erzielen.

Sie brauchen ein eigenes Bettchen, Decken und Kissen, einen Autositz, Spielzeug, ein Mäntelchen und natürlich einen Platz in der Schule. Also in der Hundeschule, denn hier geht es nicht um menschlichen Nachwuchs, sondern um die 10,3 Millionen Caniden, die in deutschen Haushalten leben und nicht nur die Hundeschule besuchen, sondern auch noch Turnierhundesport, Hundeyoga oder Dog Dancing ausüben können. Nicht zu vergessen die 16,7 Millionen Katzen, die unzähligen Hasen und Hamster, die vielen Kanarienvögel und Kakadus, die zigtausend Goldfische und Geckos – fasst man all die Tiere zusammen, die sich Menschen ins Haus holen, ergibt sich eine stattliche Zahl:

Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2021 rund 34,7 Millio-

nen Haustiere gehalten – das waren etwa 50 Prozent mehr als 2010.

Die Deutschen lieben Tiere – und das nicht erst seit Corona: Nahezu 70 Prozent aller Familien mit Kindern haben ein Haustier. Fast jeder zweite Haushalt besitzt genau eines und 15 Prozent aller Haushalte bieten sogar mindestens zwei Tierarten ein Zuhause. Und da jedes dieser Familienmitglieder gefüttert und gepflegt werden muss, kann sich die Heimtierbranche über stetig wachsende Umsätze freuen (Grafik):

Im Jahr 2021 wurden in Deutschland rund 6 Milliarden Euro mit Heimtierbedarf umgesetzt, das waren annähernd 10 Prozent mehr als 2020.

Vor allem der Online-Handel ist gewachsen – um rund 28 Prozent.

Verwunderlich ist das nicht: Wer regelmäßig 15-Kilo-Futtersäcke nach Hause schleppen muss, weiß zu schätzen, wenn ebendiese zum Ladenpreis oder sogar noch günstiger vor der Haustür abgeladen werden. Welches Potenzial im Online-Handel für Haustierbedarf steckt, zeigt der Fall Zooplus: Für die Mehrheit an dem Münchner Online-Händler, der im Jahr 1999 gegründet wurde und die führende Internetplattform für Heimtierbedarf in Europa ist, haben Finanzinvestoren im vergangenen November 3,7 Milliarden Euro bezahlt.

Auch der Zoofachhandel profitiert vom Haustierboom. Branchenprimus Fressnapf setzte 2021 in Deutschland gut 1,8 Milliarden Euro um – rund 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Ebenfalls gut lief es für die weiteren vier großen deutschen Fachhändler: Das Futterhaus, Sagaflor, Dehner und Kölle Zoo konnten steigende Umsätze verzeichnen.

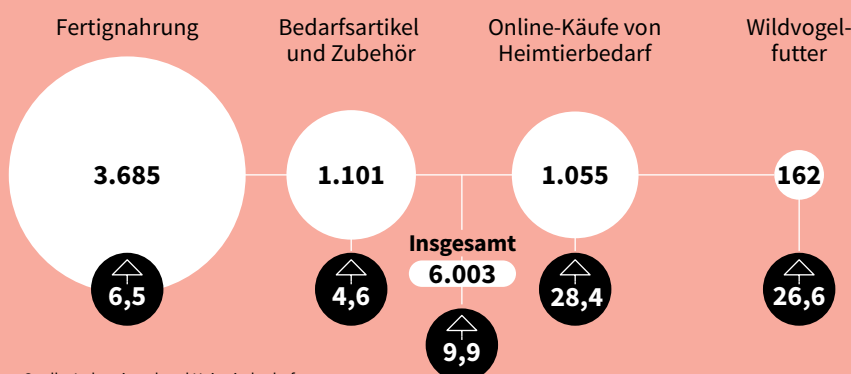
Welche Kosten im Laufe eines Tierlebens zusammenkommen, dürfte den wenigsten Herrchen und Frauchen klar sein. Der Deutsche Tierschutzbund hat ausgerechnet, dass Hundebesitzer je nach Größe des Vierbeiners mit Ausgaben von insgesamt 12.000 bis 15.000 Euro für Tierarztrechnungen, Hundesteuer, Futter, Zubehör und Versicherungen rechnen müssen. Katzen sind mit Gesamtkosten von mindestens 12.000 Euro nicht wirklich günstiger als Hunde, obwohl für sie keine Steuer fällig wird.

Haustiere: Mehr Geld für Leinen und Leckerli

Für so viele Millionen Euro wurden in Deutschland im Jahr 2021 Heimtierbedarfsartikel verkauft



■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Industrieverband Heimtierbedarf
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Die Geldpolitik steht vor einem Dilemma

Inflation. Infolge des Kriegs in der Ukraine haben sich in den westlichen Industrieländern nicht nur Energieprodukte dramatisch verteuert. Zudem treiben noch weitere ökonomische Faktoren die Inflationsraten in die Höhe. Auf die Geldpolitik in der Eurozone könnte damit eine gewaltige Herausforderung zukommen.

Nach vielen Jahren mit weitgehend stabilen Preisen schlugen die Inflationswellen in Deutschland seit einiger Zeit wieder hoch: Der Anstieg der Verbraucherpreise um 7,3 Prozent im März 2022 bedeutete die stärkste Teuerung seit der Wiedervereinigung.

Mit dem aktuellen Inflationsproblem steht Deutschland nicht allein da – auch anderswo in Europa und ebenso in den Vereinigten Staaten legen die Preise kräftig zu. Allerdings unterscheiden sich die Inflationstreiber diesseits und jenseits des Atlantiks deutlich (Grafik):

Im März 2022 war der Anstieg der Verbraucherpreise in den Euroländern zu fast 60 Prozent auf die verteuerten Energiegüter sowie die damit verbundenen Dienstleistungen zurückzuführen – in den USA dagegen war die Nachfrage nach Dienstleistungen außerhalb des Energiesektors der Hauptinflationstreiber.

Dass sich die derzeitige Teuerung aus mehreren Quellen speist und das Problem keineswegs kurzfristiger Natur sein wird, zeigt ein näherer Blick auf die wichtigsten Inflationsfaktoren:

- **Deglobalisierung durch Pandemie und Krieg.** Um die Corona-Pandemie zu bekämpfen, hat vor allem China wiederholt auf Lockdowns gesetzt, wie zuletzt in Shanghai. Zu

den Folgen zählen in den Häfen feststeckende Containerschiffe. Deshalb konnte die Nachfrage nach Containertransporten nicht bedient werden, was die Frachtraten teils bis auf das Zehnfache des Vor-Corona-Niveaus steigen ließ. Auch die Weltmarktpreise für viele Rohstoffe wie Holz, Aluminium oder Kupfer stiegen infolgedessen an – bei einigen dieser für die Industrie wichtigen Güter betrug der jährliche Anstieg seit 2020 fast 50 Prozent.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine und den darauffolgen-

den Sanktionen gegen Russland haben sich vor allem Energieprodukte extrem verteuert – insbesondere in jenen Ländern, die einen großen Teil ihrer Energielieferungen bislang aus Russland beziehen:

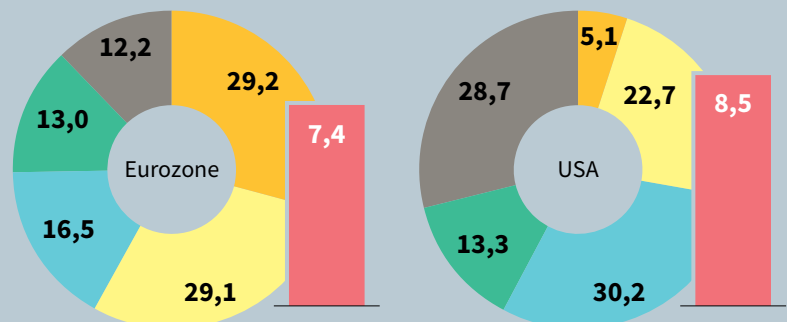
Deutschland musste für seine Erdgasimporte im März 2022 gut 300 Prozent mehr bezahlen als ein Jahr zuvor. Importierte Steinkohle verteuerte sich in etwa genauso stark, Rohöl kostete rund 80 Prozent mehr.

Fortsetzung

Unterschiedliche Preistreiber in Europa und den USA

So viel Prozent der gesamten Inflation waren im März 2022 auf diese Gütergruppen zurückzuführen

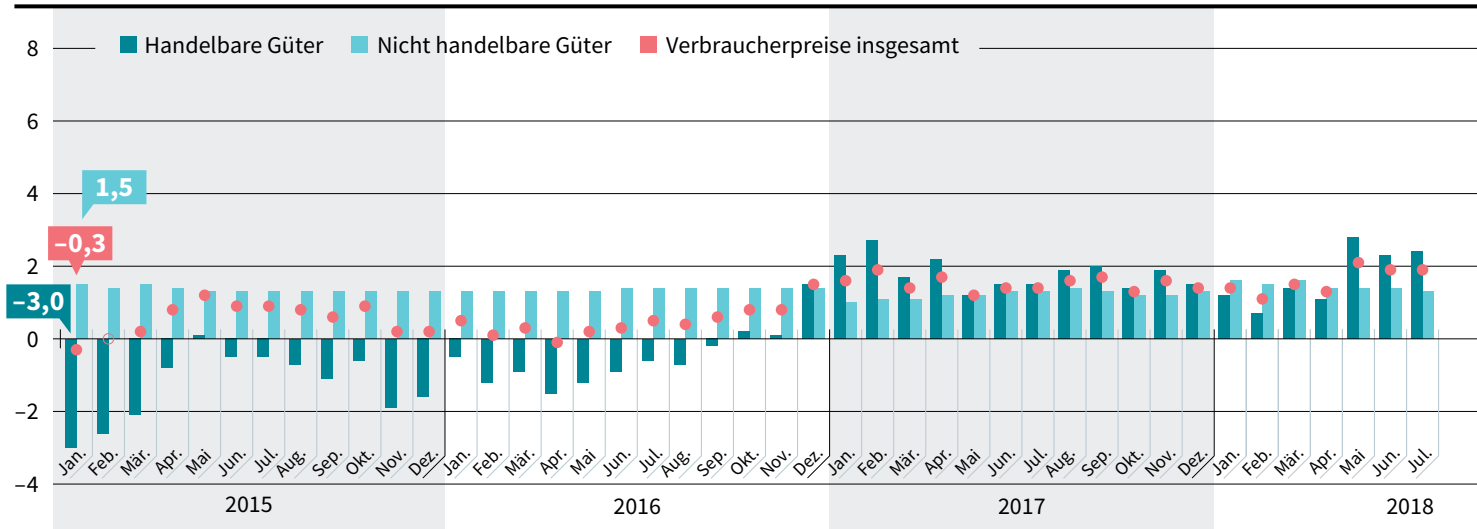
- Energiedienstleistungen
- Energierohstoffe
- Dienstleistungen (ohne Energie)
- Lebensmittel und Getränke
- Waren (ohne Energie)
- Verbraucherpreise – Veränderung im März 2022 gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Quellen: Bureau of Labor Statistics, Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

Inflation: Handelbare Güter verteuern sich stärker

Veränderung des Preisniveaus in Deutschland gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



Handelbare Güter: z. B. Öl, Gas, Nahrungsmittel, Industriewaren; nicht handelbare Güter: vor allem Dienstleistungen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Die gestiegenen Energie- und Transportkosten treiben rund um den Globus zudem die Preise für viele Nahrungsmittel in die Höhe – der Weltmarktpreis für Getreidearten wie Hafer, Weizen oder Soja ist seit 2020 im Jahresdurchschnitt um mehr als 20 Prozent gestiegen. Vor allem beim Weizen aus der Schwarzmeerregion könnte sich die Lage weiter zuspitzen, wenn der Ukraine-Krieg noch länger andauert und Lieferungen aufgrund von Ernteausfällen in der Ukraine beziehungsweise Sanktionen gegen Russland ausbleiben.

Unterm Strich geht der Preisdruck in Deutschland vor allem von handelbaren Industriegütern und Rohstoffen aus (Grafik):

Im März 2022 lagen die Preise für handelbare Güter wie beispielsweise Rohstoffe und Industrieerzeugnisse in Deutschland im Schnitt um 12,5 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Nicht handelbare Güter wie viele Dienstleistungen verteuerten sich binnen Jahresfrist dagegen um noch relativ moderate 2,7 Prozent.

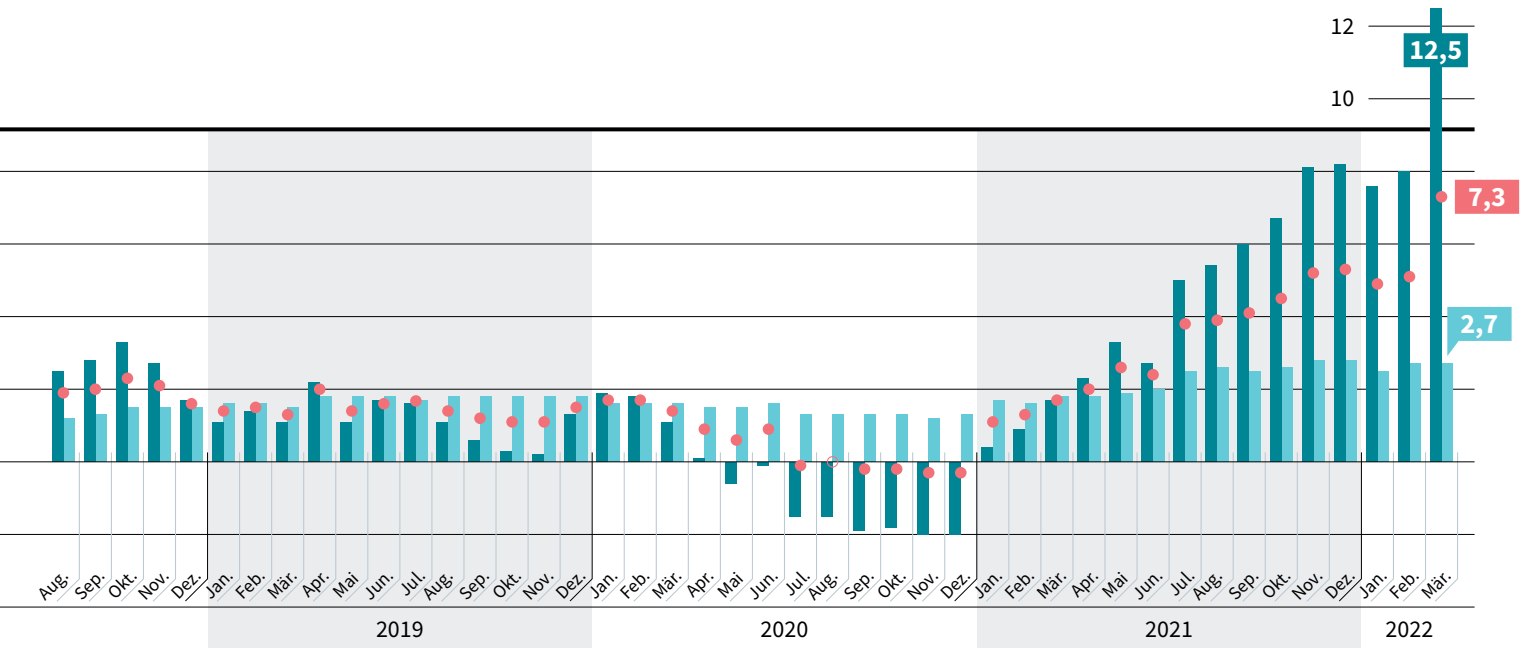
• **Dekarbonisierung.** Um die Klimawende zu schaffen, hat die Bundesregierung einen sukzessiv steigenden CO₂-Preis beschlossen – im Jahr 2022 beträgt er 30 Euro je Tonne Kohlendioxid. Damit soll ein Anreiz gesetzt werden, die Verbrennung fossiler Energieträger zu reduzieren. Doch in vielen Bereichen, etwa beim Heizen von Wohngebäuden, ist ein Umstieg auf klimaneutrale Energiequellen eine zeit- und kostenaufwendige Angelegenheit. In der Übergangsperiode verteuert der CO₂-Preis den bestehenden Energiemix und trägt somit zur Inflation bei.

• **Demografie.** Nicht nur in Deutschland, auch in vielen anderen Industrieländern, altert die Bevölkerung, sodass mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als nachrücken. Der Wettbewerb der Unternehmen um die raren Nachwuchskräfte treibt die Löhne längerfristig tendenziell nach oben. Lässt sich die Produktivität nicht in gleichem Maße steigern, müssen die Unternehmen die gestiegenen Lohnkosten auf die Preise überwälzen – folglich besteht das Risiko, dass

die demografische Entwicklung auf längere Sicht die Inflationsrate erhöht.

• **Digitalisierung.** Die Qualität und Leistungsfähigkeit von Gütern aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie hat sich in den vergangenen Jahren enorm verbessert. Dabei kostet zum Beispiel ein Smartphone der neuesten Generation in etwa so viel wie ein Handy im Jahr 2000. Real bedeutet dies einen kräftigen Preisrückgang, von dem in den vergangenen Jahren viele Bevölkerungsgruppen profitiert haben (siehe iwd 1/2022). In jüngster Zeit allerdings hat sich der Preistrend ins Gegenteil verkehrt, da infolge der Corona-Pandemie viele Lieferketten unterbrochen wurden und Vorleistungen wie Computerchips nun ein knappes Gut sind. Statt die Inflation zu bremsen, heizen IT-Güter diese nun also ebenfalls an.

• **Finanzpolitik.** Lange Jahre hatten die Staaten in Europa aufs Sparen und den Schuldenabbau gesetzt. Auch bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie ging es vor allem darum, Arbeitsplatzverluste zu



iwd

vermeiden und die finanziellen Einbußen der Unternehmen abzufedern – anders als in den USA, wo die Regierung milliardenschwere Programme aufgelegt hat, die den Konsum ankurbeln sollten.

Doch der Ukraine-Krieg dürfte den finanzpolitischen Kurs Europas nachhaltig verändern. So stehen deutlich höhere Verteidigungsausgaben auf der Agenda – Deutschland hat bereits ein 100-Milliarden-Euro-Programm verkündet – und die Bemühungen, die Energieabhängigkeit von Russland zu verringern, erfordern höhere Investitionen in die Energiewende. Die Nachfrage nach entsprechenden Rohstoffen und Vorleistungen – zum Beispiel für den Bau von Windkraftanlagen – wird steigen und damit auch die Preise.

Hinzu kommt, dass für die Menschen, die aus der Ukraine ins westliche Europa flüchten, Wohnun-

gen benötigt werden. Der Bedarf an Baumaterial und -leistungen wird folglich noch stärker zunehmen, als dies zuletzt ohnehin schon der Fall war. Damit werden auch die Preise in diesem Wirtschaftssektor weiter anziehen.

Die Frage ist nun, wie die Geldpolitik in Europa auf den Inflationsdruck reagieren sollte. Der Druck steigt auch durch äußere Einflüsse, denn die US-Notenbank ist bereits auf Zinserhöhungskurs gegangen, was den Euro gegenüber dem Dollar abwerten und die Importpreise im Euroraum weiter steigen lässt.

Das Dilemma der EZB ist jedoch groß: Folgt sie ihren Regeln und erhöht ebenfalls die Zinsen, um die Inflation in Richtung des Zielwerts von 2 Prozent zu drücken, droht sie die Wirtschaft in der Eurozone in eine Rezession zu stürzen. Zudem kann sie die Energiepreise auf dem

Weltmarkt ohnehin nur bedingt beeinflussen. Eine einfache Lösung für EZB-Chefin Christine Lagarde gibt es in dieser Situation nicht.

Sie kann nur hoffen, dass die EU kein generelles Energieembargo gegen Russland verhängt, weil dies die Gefahr einer schweren Rezession vergrößern würde. Dann wäre die Zentralbank – entgegen ihrem Regelwerk – gezwungen, trotz der hohen Inflation viel Geld in die Märkte zu pumpen, um die Wirtschaft der Euroländer vor einem weiteren Absturz zu bewahren.

IW-Report 16/2022

Markus Demary, Anna-Lena Herforth, Jonas Zdrzalek: The new inflationary environment – How persistent are the current inflationary dynamics and how is monetary policy expected to respond? iwkoeln.de/inflationary_environment

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche



29,7
Prozent

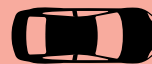
aller Geburten in Deutschland erfolgten 2020 per Kaiserschnitt. Das heißt, dass rund 220.700 Frauen auf diese Weise entbunden haben. Im Vergleich zum Vorjahr (29,6 Prozent) war die Quote damit nahezu identisch, auf längere Sicht zeigt der Trend aber eindeutig nach oben: Im Jahr 1991 brachten lediglich 15,3 Prozent der Frauen ihr Kind oder ihre Kinder per Kaiserschnitt zur Welt. Regional unterscheiden sich die Anteile deutlich, mit einem klaren Gefälle von den alten zu den neuen Bundesländern – einzig Sachsen-Anhalt entzieht sich mit der zweithöchsten Quote dem Trend. An der Spitze liegt Schleswig-Holstein mit exakt einem Drittel aller Geburten via Kaiserschnitt und auf Platz drei folgt das Saarland. Am seltensten wird die Methode in Berlin, Sachsen und Brandenburg genutzt. Aber auch international variieren die Anteile erheblich. Die OECD verfügt für das Jahr 2019 über Kaiserschnitt-Informationen zu 26 Ländern. In der Türkei erblickte demnach mit 54 Prozent mehr als die Hälfte aller Kinder per OP das Licht der Welt, in Polen waren es 39 von 100 Kindern und in Ungarn 38. Vergleichsweise niedrig war der Anteil mit 15 Prozent Kaiserschnitt-Geburten in Israel, gefolgt von Norwegen und Island mit je 16 Prozent.

Top-Liste: Geparktes Geld

Autofahren macht bei den aktuellen Spritpreisen wenig Spaß. Dabei ist nicht nur das Fahren, sondern auch das Parken teuer. Das Internetportal immowelt hat auf Basis der eigenen Inserate die monatlichen Mietpreise für Stellplätze in den 14 größten deutschen Städten verglichen und stellt fest: Die Unterschiede sind groß. Während man seinen Flitzer in Bremen und im Ruhrgebiet für maximal 84 respektive 86 Euro im Monat abstellen kann, muss man in Stuttgart, Köln und Hamburg deutlich tiefer ins Portemonnaie greifen. Im Stuttgarter Zentrum kann ein fester Stellplatz schnell mal nahezu 200 Euro monatlich kosten. Am Stadtrand allerdings sind die Preise auch dort erheblich niedriger: 40 Euro kostet ein Stellplatz in den Stuttgarter Außenbezirken.

Autostellplätze: In Großstädten ein Luxusgut

So teuer waren feste Stell- und Garagenplätze für Autos monatlich in den 14 größten Städten Deutschlands im Jahr 2021 in Euro



	Mindestpreis	Höchstpreis
Stuttgart	40	194
Köln	28	175
Hamburg	33	163
Düsseldorf	27	151
München	43	148
Frankfurt	45	146
Berlin	30	140
Leipzig	29	129
Nürnberg	33	128
Dresden	27	92
Hannover	42	87
Essen	34	86
Dortmund	34	86
Bremen	29	84

Quelle: immowelt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd